

SO!
Soziale Ordnung

Magazin für Politik, Wirtschaft und Gesellschaft

2. Ausgabe 2007

60. Jahrgang
ISSN 1432-9689

CDA und Arbeitnehmergruppe setzen Prioritäten „Neue Sicherheit durch mehr Gerechtigkeit“

Die Bundestagung
CDA stellt Terminplan vor

Arbeitnehmerkonferenz
Voller Saal in Frankfurt





**Die Sozialsysteme
wackeln! Bleiben
Sie im Sattel.**

Im Focus – die soziale Absicherung der Erwerbstätigen!

Bei der persönlichen Sicherheit gibt es keine Kompromisse.
Die sollte 100 prozentig sein!
Wir schließen die Lücken in Ihrer Versorgung.
Reden Sie mit uns.

SIGNAL IDUNA
Versicherungen und Finanzen



Gut zu wissen, dass es SIGNAL IDUNA gibt.

SIGNAL IDUNA Gruppe ● Direktionsbevollmächtigte Claudia Utz

Joseph-Scherer-Str. 3 ● 44139 Dortmund ● Telefon (02 31) 1 35 - 43 88 ● ban@signal-iduna.de

Die CDA kann Brücken bauen

Fast 18 Jahre sind seit der Wende vergangen. Es ist ein Zeitraum, der noch sehr nah ist, aber gleichzeitig auch Nüchternheit erlaubt. Der Oktober 1989 hat gezeigt, wozu unser Volk fähig war und es ist der Erinnerung wert – Erinnerung an Gewaltfreiheit, Zusammenhalt, Courage und Demokratiewillen.

Ist die Geschichte der CDA in den jungen Bundesländern auch sehr kurz, so bringen auch wir uns aus der Tradition der katholischen Soziallehre und der evangelischen Sozialethik mit unseren Ideen und Vorstellungen in unsere CDU und auch in die Gewerkschaften ein.

Für soziale Gerechtigkeit, für soziale Sicherheit, für gesellschaftliche Integration und für Entfaltungsmöglichkeiten des Individuums einzutreten, das waren die Ziele, als sich am 30.06.1990 die CDA in Magdeburg gründete. Es folgten in Berlin, Brandenburg, Mecklenburg, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen schwierige Jahre im Aufbauprozess, um als kleines Rädchen im großen Getriebe unserer Partei Stimme und Gehör für die Interessen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer einzubringen.

An dieser Stelle darf man auch einmal Danke sagen für die geleistete Hilfe, Unterstützung und Solidarität bis zum heutigen Tag aus den alten Bundesländern. Ein

breiter Wohlstand, soziale Gerechtigkeit, demokratische Teilhabe an Staat und Gesellschaft – daran hat auch die CDA in den neuen Bundesländern großen Anteil, denn die Herausforderungen der Deutschen Einheit stellen uns auch im 17. Jahr immer noch vor große Herausforderungen angesichts der Tatsache, dass die Arbeitslosigkeit der Menschen in Ostdeutschland doppelt so hoch ist wie im westlichen Teil unseres Vaterlandes.

Die demografische Entwicklung in unserer Gesellschaft ist unübersehbar. Wir müssen nachwachsenden Generationen Chancen eröffnen, denn noch gibt es unter den jungen Menschen, vor allen auch bei jungen Frauen, eine hohe Abwanderungsrate von Ost nach West. Wenn die Mehrheit der Menschen sich einen stärkeren Sozialstaat wünscht und nach mehr Förderung für Kinder und Familien ruft, dann halte ich es angesichts der aktuellen Debatte zur Familienpolitik auch im Rahmen der Grundsatzprogrammdiskussion für zwingend notwendig, die gelebten Erfahrungen zwischen Ost und West zu debattieren.

Vereinbarkeit von Familie und Beruf dürfen keine leeren Worthüllen sein und in diese Diskussion haben wir in Ostdeutschland sehr viel Erfahrung ohne Vorurteile einzubringen.



Gerade die CDA kann hier als Brückenbauer zwischen Ost und West, zwischen arm und reich, zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgebern im Sinne des christlichen Menschenbildes für unsere Gesellschaft wirken.

Seit 17 Jahren gilt für mich: Im Mittelpunkt steht der Mensch!

Gustav Bergemann
Landesvorsitzender Thüringen

PRISMA



Arbeit
Immer mehr Minijobber in deutschen Haushalten. **S. 6**

Familie
Unternehmen setzen auf Familienfreundlichkeit. **S. 6**

Tarife
NRW setzt Zeichen bei der Allgemeinverbindlichkeit. **S. 7**

TITEL



Klausurtagung
Arbeitnehmergruppe setzt Prioritäten in der Sozialpolitik. **S. 8**

Interview
Gerald Weiß wirbt für Mitarbeiterbeteiligung. **S. 10**

Arbeitslosenversicherung
Dänemark als Modell für Deutschland? **S. 11**

POLITIK



Bundsvorstand
Würde – Teilhabe – Gerechtigkeit ist Thema in Karlsruhe. **S. 12**

Globalisierung
Dr. Christian Bäumler über das Geld und die Welt. **S. 14**

Erziehungsarbeit
Martina Stabel-Franz über Familie und Beruf. **S. 15**

IMPRESSUM

Herausgeber

CDA Deutschlands
Oranienburger Str. 65
10117 Berlin

Chefredakteurin

Andrea Resigkeit

Telefon: 030/92 25 11-194
Telefax: 030/92 25 11-2194
E-Mail: aresigkeit@cda-verlag.de

Gestaltung

iconate Gesellschaft für
Kommunikation und Medien mbH

Anzeigen

Martin Schulte
Telefon: 030/92 25 11-195
E-Mail: anzeigen@soziale-ordnung.de
Website: www.soziale-ordnung.de

Die Ausgaben erscheinen in unregelmäßigen Abständen acht Mal im Jahr. Namensartikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

Druck

Heider Druck GmbH

Fotos

CDU, CDA, Frank Ossenbrink, Deutsches Jugendherbergswerk, Ulla Spiekermann (DGB)

Titel

Frank Ossenbrink

Preis

Abonnement: 25,60 €, der Bezugspreis ist im Mitgliedsbeitrag enthalten.
Derzeit gültige Anzeigen-Preisliste vom 01. Januar 2007.

REPORTAGE



DGB-Sozialstaatskongress
Klare Worte an die Politik
von Dr. Norbert Blüm. **S. 16**

Arbeitnehmerkonferenz
Voller Saal am
Frankfurter Flughafen. **S. 18**

Mitgliederservice

Jessica Willscheid

Telefon: 030/92 25 11-170

Telefax: 030/92 25 11-2170

E-Mail: jwillscheid@cda-bund.de

CDA INTERN



Mindestlöhne
CDA-Gewerkschafter sammeln
Unterschriften. **S. 19**

Grundsatzprogramm
Martin Kamp über Werte und
Wandel in der CDU. **S. 19**

Ahlener Programm
Feierstunde für den Startschuss
der Union. **S. 20**

Böckler-Preis
Heinz Soénius im
Kölner Rathaus geehrt. **S. 20**

Wiedergewählt
Doris Leven erneut Kreisvorsitzen-
de in Rhein-Sieg. **S. 21**

60 Jahre
Kreisverband Siegen-Wittgenstein
feierte sein Jubiläum. **S. 21**



ACHTUNG:

*Informationen in
eigener Sache!!!*

Die Hauptgeschäftsstelle in
Berlin hat ab sofort eine neue
Rufnummer: 030/92 25 11-0.

Die Geschäftsstellen in
Königswinter schließt
zum 1. April 2007.

Post bitte künftig an die
**CDA Hauptgeschäftsstelle
Oranienburgerstraße 65
10117 Berlin.**

Meldungen aus Politik & Wirtschaft



Woessner

Visite 2010 - Betreiber privatisierter Sozialimmobilien denken um.

ARBEIT

Zahl der Minijobber in Privathaushalten steigt an

Einen ungebrochenen Anstieg verzeichnet die Minijob-Zentrale bei den über das Haushaltscheckverfahren gemeldeten Minijobbern in Privathaushalten. Ihre Zahl stieg seit dem 30. September 2006 um rund 2.500 (1,9 %) an und liegt nun bei rund 131.000. Im Vergleich zum Vorjahresquartal hat sich die Zahl der Minijobber in Privathaushalten sogar um mehr als 20 % erhöht. In den

Haushalten sind vorwiegend Frauen beschäftigt. Im Vergleich zum vierten Quartal 2005 ist die Zahl der Minijobber allerdings insgesamt um rund 117.000 gesunken (1,82 %). Der Rückgang der Minijobber-Zahlen bezieht sich dabei ausschließlich auf die Beschäftigten im gewerblichen Bereich. Trotz des Erfolges wird weiter darüber diskutiert, Minijobs abzuschaffen.

FAMILIE

Unternehmen denken um

Kita oder Kinderzimmer: Die Diskussion über die Vereinbarkeit von Familie und Beruf schlägt hohe Wellen.

Da kommt die Meldung über die zunehmende Familienfreundlichkeit deutscher Unternehmen wie ein Sonnenstrahl in die doch recht schattenseitige Diskussion. 71,7 % der Unternehmen schätzen Familienfreundlichkeit für die eigene Firma als sehr wichtig oder wichtig ein. Bei der ersten Befragung 2003 war dies nur knapp die Hälfte. Und die Unternehmen leisten auch etwas: 23,4 % praktizieren sieben bis neun familienfreundliche Maßnahmen wie Teilzeitangebote oder eine aktive Gestaltung der Elternzeit. 2003 waren es nur 9,4 %.

Wichtig sind diese Maßnahmen auch, um die Attraktivität als Arbeitgeber zu stärken: 83,4 % der Firmen wollen damit qualifizierte Mitarbeiter halten, 81 % die Arbeitszufriedenheit erhöhen. Über 78 % der Firmen gaben an, dass mit familienfreundlichen Maßnahmen die Fluktuation und der Krankenstand gesenkt werden sollen. Vielleicht sind Betriebskindergärten, wie in einigen Firmen bereits üblich, auch ein Diskussionspunkt beim Streit um den Ausbau der Krippenplätze.

TARIFE**Laumann: „Keine sittenwidrigen Löhne in NRW.“**

Während die Wellen in der Diskussion über Dumpinglöhne hochschlagen, handelt der CDU-Arbeitsminister in Nordrhein-Westfalen, CDA-Chef Karl-Josef Laumann MdL, erklärte den Tarifvertrag für das Wach- und Sicherheitsgewerbe in NRW für allgemeinverbindlich. Laumann: „In NRW ist kein Platz für sittenwidrige Löhne.“ Damit hat jeder der rund 20.000 Beschäftigten dieser Branche in NRW nun Anspruch auf einen Stundenlohn von mindestens 7,15 Euro. Zuvor hatten sich Arbeitgeber und Gewerkschaften für das Wach- und Sicherheitsgewerbe

für die Allgemeinverbindlichkeit des Tarifvertrages ausgesprochen.

Der Bundesverband Deutscher Wach- und Sicherheitsunternehmen hatte dies beim nordrhein-westfälischen Arbeitsministerium beantragt. Diesem Antrag wurde vom Tarifausschuss beim Arbeitsministerium, bestehend aus jeweils drei Vertretern der Arbeitgeber und Gewerkschaften zugestimmt. „Damit wird deutlich, dass neben den Gewerkschaften auch die Arbeitgeber ein hohes Interesse an vernünftigen Löhnen haben und Lohndumping ablehnen“, ergänzte Laumann.

„Wir müssen Fehlentwicklungen vermeiden. In anderen Bundesländern sind Fälle bekannt geworden, bei denen im Wach- und Sicherheitsgewerbe Stundenlöhne von 3 bis 4 Euro gezahlt worden sind. Ein qualifizierter Mitarbeiter, der vollzeitbeschäftigt ist, muss von seinem Lohn auch leben können“, so Laumann.

Das Tarifvertragsgesetz und die Endsenderichtlinie der EU bieten genug Möglichkeiten, sittenwidrige Lohnentwicklungen zu stoppen. Zunächst sind also die Tarifpartner gefragt.

EINKOMMEN**Frauen, die Verlierer**

Wer hätte das nicht gedacht: Noch immer verdienen Frauen weniger als Männer. Ihr durchschnittliches Monatseinkommen liegt rund 22 % unter dem der Männer. Dies ergab eine Onlinebefragung des DGB an der sich inzwischen rund 68.000 Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer beteiligt haben. Jede zweite erwerbstätige Frau arbeitet in einem Büroberuf, im Gesundheitsdienst, in einem Sozialberuf, im Verkauf oder als Reinigungskraft – also da, wo Verdienst- und Aufstiegschancen vergleichsweise gering sind. Entsprechend fallen Rente und Pflegeansprüche aus.



„Neue Sicherheit durch mehr Gerechtigkeit“ Klausurtagung der CDU/CSU-Arbeitnehmergruppe

Mentale Unterstützung bekam CSU-Vize Horst Seehofer MdB von der Arbeitnehmergruppe der CDU/CSU-Fraktion auf ihrer diesjährigen Klausurtagung allein durch die Ortswahl. Unter Leitung von Arbeitnehmergruppenchef Gerald Weiß MdB und seinem Stellvertreter Stefan Müller MdB wurde in der bayrischen Landesvertretung über Löhne, Familie, Rente und Pflege gesprochen. Der Münchner Machtkampf spielte nur beim Leberkäs-Verzehr eine Rolle, aber dass dem CSA-Chef die Daumen gedrückt werden, ist klar.

„Neue Sicherheit durch mehr Gerechtigkeit“ soll der Arbeitstitel des Arbeitnehmerflügels der Union heißen. „Die Menschen haben die Union immer mit Sicherheit in Verbindung gebracht. Sei es die innere Sicherheit oder bei der Verteidigung“, so CDA-Chef Karl-Josef Laumann. „Aber jetzt müssen wir uns um die soziale Sicherheit kümmern, denn die Menschen haben Angst, diese zu verlieren.“ Und diese Angst ist real, wie der Minister für Arbeit, Gesundheit und Soziales in NRW gleich belegen konnte. 24 % der Arbeitnehmer in NRW würden Löhne unter 6,50 Euro verdienen. Bei 75 % der Menschen in den unteren Lohngruppen seien die Gehälter im Vergleich zu den letzten Jahren gefallen. „Diese Fragen müssen wir uns ansehen,



vom Wegsehen werden die nicht gelöst“, so Laumann.

Besonders bei Arbeitslosigkeit drohe häufig der Fall in die Verarmung. Auch deshalb wird in der Arbeitnehmergruppe über neue Lösungen nachgedacht. Es gehe nicht nur ums „Verteidigen und Verteidigen, sondern auch vielleicht um Flexibilisierung“. Dabei könne das „dänische Modell“ (vgl. Seite 11) nur ein Anstoß sein. „Denn dies ist zahlenmäßig nicht mehr als neunmal Dortmund“, so Laumann.

„Besonders bei Arbeitslosigkeit droht häufig die Verarmung vieler Familien.“

Vor neuen Initiativen will die Arbeitnehmergruppe aber um die Umsetzung des Dresdener Parteitagsbeschlusses zur Mitarbeiterkapitalbeteiligung und zum ALG II kämpfen. „Vor allem die Idee, Unternehmen in Arbeitnehmerhand zu bringen, ist eines der ältesten Anliegen der CDA“, sagte Gerald Weiß bei seinem Abriss des Arbeitsplans. Auch die bereits eingeführte Senkung

des Arbeitslosenversicherungsbeitrags sei vor allem auf Initiative der Arbeitnehmergruppe im Bundestag zurückzuführen. „Die Parteitagsbeschlüsse brauchen Paten“, konstatierte Weiß. Die Arbeitnehmergruppe werde diese Rolle übernehmen. Einwänden, die Arbeitslosenversicherung sei eine Risikoversicherung, erteilte Weiß eine Absage. Dann müsste auch vom ersten Tag an gezahlt werden. Besonders wichtig sei die Erhöhung der Schonvermögen beim ALG II. „Wir können den Leuten nicht sagen, sie sollen für's Alter vorsorgen und dann in einer Krisensituation ihnen fast alles wegnehmen“, so Weiß, der auch Vorsitzender des Ausschusses für Arbeit und Soziales ist.

Gute Nachrichten konnte der Rentenexperte der Union, Peter Weiß MdB, in diesem Zusammenhang überbringen: Während im Jahr 2000 nur noch 37 % der über 55-Jährigen beschäftigt waren, sind es 2005 bereits 45,4 % gewesen. Weiß: „Dies ist knapp über dem Europa-Durchschnitt, aber ein Hoffnungszeichen.“ Um diesem Trend weiter Anschub zu geben,

bei einer künftigen Lebensarbeitszeit bis 67 Jahre, muss eine qualifizierte Weiterbildung erfolgen. Doch gibt es bei der Ausgestaltung erhebliche Probleme, wie Laumann schilderte. „Ich will nicht Stricken mit grober Wolle fördern“. Staatssekretär Andreas Storm MdB aus dem Bildungsministerium berichtete, dass die außerbetriebliche Weiterbildung künftig noch stärker gefördert werden soll. Dass die Arbeitnehmer einen großen Bedarf haben, weiß Minister Laumann aus NRW. „Wir haben dort 80.000 Bildungsschecks ausgegeben und 40.000 sind eingelöst worden.“ Vor allem Mitarbeiter kleinerer Betriebe sollen bei der Weiterbildung staatlich gefördert werden. Große Unternehmen und Körperschaften des Öffentlichen Dienstes sollen dies in Eigenregie leisten.

Auch Referentin Ingrid Sehrbrock, die stellvertretende Vorsitzende des DGB und CDA-Vize, richtete

den Fokus auf die Bildung bzw. Ausbildung. Die so genannte „Generation Praktikum“ sei erstmals untersucht worden. Die DGB-Jugend hat in Kooperation mit der „Hans-Böckler-Stiftung“ eine Untersuchung bei den Universitätsabsolventen durchgeführt. Das Wintersemester 2002/2003 der Uni Köln und der FU Berlin wurde dazu unter die Lupe genommen. Rund 41 % aller Studenten machen nach ihrem Abschluss ein Praktikum (2000, 25 %). Die durchschnittliche Dauer beträgt sechs

„Familien dürfen nicht allein die Familienleistungen in Deutschland finanzieren.“

Monate – und ist eine Arbeitsstelle. Denn nur 32 % geben an, dass Lernen bei den Praktika im Vordergrund steht. Auch die Bezahlung ist entsprechend: 600 Euro, wobei die Frauen wieder schlechter abschneiden (Frauen 543 €, Männer 741 €).

Die gute Nachricht: Dreieinhalb Jahre nach ihrem Praktikum haben drei Viertel aller Absolventen ein Arbeitsverhältnis.

Für CSA-Chef Horst Seehofer stellt sich dabei die Frage: Mit welcher Politik stellt man Wachstum sicher? Die zentrale Frage der Zukunft sei die Beteiligungsgerechtigkeit. Dabei müsse der Begriff über alle Politikfelder durchdefiniert werden. Also nicht nur Beteiligung der Arbeitnehmer an Einkommen und Vermögen, sondern auch am Krankensystem: Erste Klasse für alle. Dies sei nur über ein Steuersystem zu finanzieren. Aber auch die Familien, derzeit das Lieblingskind der Politik, müsse der Beteiligungsgerechtigkeit unterworfen werden: Familien dürfen nicht allein die Familienleistungen finanzieren, so Seehofer. „Wir brauchen wieder eine Politik, die es uns ermöglicht, die 40 %-Hürde bei Wahlen zu nehmen. Sonst können wir als Union einpacken.“ ■



V. l. Stefan Müller (CSU), Bundesminister Horst Seehofer (CSA), Gerald Weiß (CDU) und NRW-Landesminister Karl-Josef Laumann (CDA).

SO: Was ist das Signal der Klausur?

Gerald Weiß MdB: Die Arbeitnehmergruppe ist gut aufgestellt und hoch motiviert. In der CDU/CSU-Fraktion haben wir viele Schlüsselfunktionen. Unser Wort hat mehr Gewicht. Eine einseitige wirtschaftsliberale Profilierung der Union wird es nicht geben.

SO: Mit welchen Projekten kann sich die Arbeitnehmergruppe profilieren?

Gerald Weiß MdB: Unser strategisches Thema Nr. 1 ist die Mitarbeiterbeteiligung. Arbeitnehmer und Eigentum – das war viele Jahre fast Alleinstellungsmerkmal der Christlich-Sozialen. Heute ist das Thema da, mitten in der Gesell-



schaft angekommen. Die CDU hat dazu einen wichtigen Grundsatzbeschluss gefasst und wir stehen vor Gesprächen mit dem Koalitionspartner, wie wir die Bedingungen für Produktivkapitalbeteiligung der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer noch in dieser Wahlperiode entscheidend verbessern können. Daneben wird in vielfältiger Weise die Frage nach dem gerechten Lohn unsere Arbeit bestimmen. Die alte soziale Frage ist zurückgekehrt und stellt sich in einer globalisierten Wirtschaft dramatisch aufs Neue dar.

Bei der anstehenden Reform der gesetzlichen Unfallversicherung kämpfen wir für die Selbstverwaltung und gegen zentralistische Staatslösungen. Im Übrigen stehen wir dafür, die Kaufkraft der Arbeitnehmer zu stärken.

SO: Fraktionschef Volker Kauder war in seinen Ausführungen zum Teil sehr kritisch, vor allem was die „neue Sicherheit“ angeht. Wie kann sich die Arbeitnehmergruppe in der Fraktion besser Gehör verschaffen?

Gerald Weiß MdB: Unser Fraktionsvorsitzender im Bundestag weiß, dass das christlich-soziale Element unentbehrlich ist und die Entscheidungen der Union im Parlament mitbestimmen muss. Kauders kritische Einlassung zu unserem Leitmotiv „Neue Sicherheit durch mehr Gerechtigkeit“ beruht offenkundig auf einem Missverständnis: Dieser Slogan könne nicht die ganze Politik der Union umfassen, da der Begriff

der Freiheit fehle. Dieses Motto ist aber nicht unser Vorschlag für den Titel des CDU-Grundsatzprogramms, sondern Generalnenner unserer sozialpolitischen Bemühungen: Angst aus dieser Gesellschaft rausnehmen, Sicherheit geben. Konkretes Beispiel: Mehr Schonvermögen bei der Gewährung von Arbeitslosengeld II.

SO: Was ist das konkrete Ziel für 2007?

Gerald Weiß MdB: Wir leisten unseren Beitrag dazu, die offene Flanke der Union in der Mindestlohnfrage zu schließen. Wir werden uns für eine abermalige Senkung des Arbeitslosenversicherungsbeitrages einsetzen. Wir leisten den wohl entscheidenden Beitrag, die neue Mitarbeiterbeteiligung zur Gesetzesreife zu bringen.

Wir übernehmen die politische Patenschaft für den CDU-Bundesparteitagsbeschluss in Sachen gerechtes Arbeitslosengeld II. Über alles dieses spricht die Arbeitnehmergruppe in diesen Tagen auch mit der Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel.

SO: Was ist dein persönliches Ziel?

Gerald Weiß MdB: Die Arbeit von CDA/CSA und Arbeitnehmergruppe, die sich ja als parlamentarischer Arm der Christlich-Sozialen versteht, noch besser zu verzahnen. Hierin sehe ich auch meine Hauptaufgabe im Bundesvorstand der CDA. ■

Zukunft oder Fata Morgana Das „dänische Modell“ der Arbeitslosenversicherung



Immer häufiger wird darüber nachgedacht, ob das „Flexicurity“- System unseres nördlichen Nachbarn auch auf uns angewandt werden kann. Flexicurity ist eine englische Wortschöpfung, die beide Begriffe „flexibility“ und „security“ kombiniert.

In Bezug auf den Arbeitsmarkt bedeutet dies, dass erstens die Unternehmen über Flexibilität bei der Produktionsplanung verfügen, unter anderem durch die Anstellung oder Entlassung von Mitarbeitern, sodass die Mitarbeiterstärke laufend dem aktuellen Bedarf entspricht. Zweitens verfügen die Arbeitnehmer über eine hohe Beschäftigungs- und/oder Einkommenssicherheit. Selbstverständlich gibt es auch einen Kündigungsschutz in Dänemark.

Für Arbeiter gibt es einige generelle Regeln, die im Haupttarifvertrag zwischen dem dänischen Gewerkschaftsbund und dem dänischen Arbeitgeberverband vereinbart sind. Aus dieser Vereinbarung geht hervor, dass bei Kündigung niemals willkürlich gehandelt werden darf und dass der Arbeitnehmer nach neunmonatiger Anstellung einen Anspruch auf eine Begründung der Kündigung hat.

Für Angestellte gibt es in dem Angestelltengesetz generelle Regeln. Die Kündigungsfrist ist nach Dienstalter im Betrieb gestaffelt:

- > 3 Monate nach 5 Monaten,
- > 4 Monate nach 2 Jahren und 9 Monaten,
- > 5 Monate nach 5 Jahren und 8 Monaten,
- > 6 Monate nach 8 Jahren und 7 Monaten.

In der Probezeit und dann, wenn die Tätigkeit nicht länger als drei Monate dauert, beträgt die Kündigungsfrist 14 Tage. Der Arbeitgeber kann, wenn dies schriftlich vereinbart ist, den Angestellten mit einer Frist von einem Monat kündigen, wenn der Angestellte mehr als 120 Tage mit Gehalt innerhalb von zwölf Monaten krank gewesen ist. Der Arbeitgeber muss eine Abfin-

dung zahlen, wenn die Kündigung nicht sachlich ist. Im Angestelltengesetz gibt es spezielle Regeln für Abfindungen nach längerem Dienstalter – ein, zwei, drei Monate Lohnfortzahlung nach 12, 15 oder 18 Jahren.

Die Arbeitslosenversicherung in Dänemark ist freiwillig. Man trägt selbst die Verantwortung dafür, dass man in eine Arbeitslosenversicherung (A-Kasse) aufgenommen wird, sobald man eine Arbeit antritt. Um einen Anspruch auf Arbeitslosengeld zu haben, wenn man entweder voll- oder teilweise arbeitslos wird, muss man 52 Wochen Arbeit innerhalb der letzten drei Jahre nachweisen können und ein Jahr lang Mitglied einer A-Kasse gewesen sein.

Arbeitslosengeld wird für maximal fünf Tage pro Woche nach festgelegten Regeln ausgezahlt. Der Höchstbetrag liegt bei 90 % des bisherigen Arbeitsverdienstes; jedoch höchstens ungefähr 450 Euro (3.335 DKK) pro Woche (2006). Das Geld wird nachträglich für jeweils 14 Tage bzw. vier oder fünf Wochen ausgezahlt. Mitglieder einer A-Kasse können maximal vier Jahre Arbeitslosengeld beziehen. ■

Weitere Informationen:

- > Weitere Informationen erteilen die Behörde für Arbeitsmarktfragen: www.adir.dk sowie das dänische Ministerium für Beschäftigung: www.bm.dk

Würde – Teilhabe – Gerechtigkeit

Der CDA-Bundesvorstand in Hannover bereitete die Bundestagung vor

So etwas gehört in immer mehr Firmen zum Alltag: Der eine Kollege trägt einen blauen Overall, der andere einen roten. Sie machen die gleiche Arbeit, bauen zum Beispiel gemeinsam an dem gleichen Flugzeug oder Schiff. Doch sie haben unterschiedliche Arbeitgeber – und bekommen für den gleichen Job unterschiedlich viel Lohn. Denn der eine gehört zur Stammelegschaft, der andere ist bei einer Zeitarbeitsfirma beschäftigt.

So ist fast die Hälfte aller Arbeitnehmer in der Hamburger Werftindustrie bei Leiharbeitsfirmen angestellt und nicht bei



CDA-Chef Karl-Josef Laumann und Gerd Nierenköther verfolgen die Diskussion in der CDA.

den Werften selbst. Bei Airbus Deutschland sind es immerhin 29 %. Diese Zahlen nannte Gerd Nierenköther von der IG Metall

bei einem Vortrag im CDA-Bundesvorstand. „Früher holte man sich Beschäftigte von Zeitarbeitsfirmen, um Auftragsspitzen abzufangen. Heute ist Leiharbeit ein Instrument, um Löhne zu drücken.“ 25 bis 45 % weniger an Lohn verdienen die Beschäftigten im Vergleich zu den Stammelegschaften. Schon im letzten Jahr hatte der CDA-Bundesvorstand dafür plädiert, Tariflöhne in der Zeitarbeitsbranche für allgemeinverbindlich zu erklären. Eine Arbeitsgruppe unter der Leitung von Ingrid Sehrbrock soll nun das Phänomen der „prekären Beschäftigung“ – Zeitarbeit, befristete Arbeitsverträge, Werksverträge, unbezahlte Praktika - unter die Lupe nehmen und ein Positionspapier der CDA vorbereiten.



IG-Metall-Strategie Gerd Nierenköther stellt die Zahl der Leiharbeiter und deren Löhne vor.

Wo steht die katholische Soziallehre heute? Was können wir von

der evangelischen Sozialethik lernen? Auf diese und weitere Fragen haben aktive CDAler, aber auch Fachleute wie Dr. Dr. Elmar Nass aus dem Bistum Aachen und Dr. Helge Wulsdorf aus Paderborn, Dr. Axel Bohmeyer vom Institut für Christliche Ethik und Politik Berlin sowie Matthias Zeeb vom Sozialwissenschaftlichen Institut der Evangelischen Kirche in Deutschland Antworten formuliert. Die Gruppe legte in Hannover einen 20-seitigen Rohentwurf für ein Grundsatzpapier vor. Das Papier soll auf der CDA-Bundestagung in Karlsruhe im Juni öffentlich vorgestellt werden. Die CDA plant einen rund einjährigen Diskussions- und Konsultationsprozess über den Text, ehe er Mitte nächsten Jahres beschlossen wird.

Einmischen will sich die CDA in die Grundsatzprogramm-Diskussion

der CDU. Die zuständige Kommission der Mutterpartei legt ihren Entwurf für ein neues Parteiprogramm am 7. Mai vor. Schon zwei Tage später trifft sich der CDA-Bundesvorstand zu einer Sondersitzung mit CDU-Generalsekretär Ronald Pofalla, dem Vorsitzenden der Grundsatzkommission, in

„Heute ist Leiharbeit ein Instrument der Arbeitgeber, um die Löhne in den Unternehmen zu drücken.“

Berlin. Auch auf der CDA-Bundestagung wird Pofalla mit den Delegierten über „Grundsätze für Deutschland“ diskutieren. Der Generalsekretär tingelt im Mai und Juni durch alle CDU-Landesverbände und nahezu durch alle Vereinigungen, um den Entwurf vorzustellen und Anregungen aufzunehmen, die dann in eine

weitere Fassung des Programms eingehen sollen. Anfang Juli wird der CDU-Bundesvorstand seinen Programmentwurf als Leitantrag auf dem CDU-Bundesparteitag vorlegen. Danach ist fünf Monate Zeit für Diskussionen über das Programm. Im Rahmen einer Sommertour trifft der Generalsekretär unter anderem am 24. August in Frankfurt mit Betriebsräten über das Programm zusammen; am 4. September findet ein Grundsatzprogrammkongress der Partei in Hanau statt und für September/Oktober sind Regionalkonferenzen in ganz Deutschland vorgesehen. Bis Anfang November können Änderungsanträge eingereicht werden und am 3./4. Dezember ist es so weit: Dann wird die Partei das Programm auf ihrem Bundesparteitag in Hannover beschließen. ■

Martin Kamp



Arbeit im Spannungsfeld der Globalisierung

Deutschland steckt auch im zweiten Jahr des Aufschwungs in der globalen Dumpingfalle. Konzernintern gibt es bei großen Unternehmen inzwischen grenzüberschreitende Arbeitsmärkte. Bei General Motors, Daimler Chrysler und EADS konkurrieren die Belegschaften der einzelnen Werke untereinander um Modellreihen und Aufträge. Selbst mittelständische Unternehmen setzen Lohnsenkungen und Arbeitszeiterhöhungen mit dem Hinweis auf Stellenverlagerungen nach Osteuropa und China durch. Die Automobilproduzenten drängen ihre Zulieferer zur Verlagerung der Produktion nach Osteuropa. Neueinstellungen erfolgen noch immer zur Hälfte befristet, die Zeitarbeitsbranche boomt. Die Nettolöhne pro Beschäftigten sind im Durchschnitt um 0,3 % im letzten Jahr gesunken sind. Ältere und weniger qualifizierte Arbeitslose werden auch bei einer Fortsetzung des Aufschwungs kaum Perspektiven für eine dauerhafte Beschäftigung haben. Der globale Wettbewerb entzieht Arbeitsplätzen mit geringeren Anforderungen den Boden. Ebenso wird der Druck auf die Löhne im Niedriglohnsektor bleiben. In der Arge Mannheim waren im letzten Quartal 2006 ein Drittel der Neuzugänge beim Arbeitslosengeld II so genannte Aufstocker, die zu viel zum Sterben und zu wenig zum Leben von ihren Arbeitgebern bekommen.

Die Arbeitsmarktpolitik der rot-grünen Regierung war in den letzten Jahren von dem rasanten Anstieg der Ein-

Euro-Jobs und der Umgehung des Kündigungsschutzgesetzes geprägt. Seriöse Arbeitgeber beklagen zu Recht, dass durch diese Form der Beschäftigung sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze verloren gehen. Wenn Schulen durch Ein-Euro-Jobber renoviert werden, gefährdet das Arbeitsplätze im Handwerk. Die vom Gesetzgeber ermöglichten Umgehungen des Kündigungsschutzgesetzes durch Leiharbeit und befristete Arbeitsverträge haben den Langzeitarbeitslosen



nicht geholfen, jedoch den Weg zur Generation Praktikum geebnet. 30 % der Arbeitnehmer unter 25 Jahren sind heute befristet beschäftigt. Bei den 25- bis 30-Jährigen sind es 20 %. Darunter leiden nicht nur die Betroffenen sondern auch ihre Eltern und Großeltern. Die Familien- und Eigentumbildung werden verzögert. Nur ein festes Arbeitsverhältnis gibt einem Arbeitnehmer die Möglichkeit, seiner Arbeit in Würde

nachzugehen. Hier sind Korrekturen des Gesetzgebers notwendig.

Arbeitsplätze können nur dann in Deutschland erhalten bleiben, wenn möglichst viele Teile der Wertschöpfungskette von der Forschung über die Produktion bis hin zu Beratung und Vertrieb im Land bleiben. Ohne wettbewerbsfähige Produktion wird es dauerhaft auch keine Forschung geben. Weitere Lohnzurückhaltung der Beschäftigten würde jedoch die Nachhaltigkeit des Aufschwungs gefährden. Zu einem positiven Konjunkturverlauf gehört der Anstieg des privaten Konsums. Sinnvoll wäre es deshalb, die Sozialabgaben durch eine Staffelung der Sozialversicherungsbeiträge oder durch Kombilöhne zu senken. Auch an einem dauerhaften dritten Arbeitsmarkt werden wir nicht vorbeikommen, um Menschen eine Perspektive zu geben.

Deutschland wird das Entsendegesetz zu nutzen haben, um faire Bedingungen auf dem Arbeitsmarkt zu erhalten und Arbeitsplätze im Niedriglohnsektor zu bewahren. So könnte die unterste tarifliche Lohngruppe zum verbindlichen Mindestlohn werden. Dort, wo keine ausreichenden tariflichen Regelungen bestehen, ist der Staat unmittelbar gefordert, den Mindestlohn gesetzlich zu regeln. ■

*Dr. Christian Bäumler,
Stellv. CDA-Bundesvorsitzender*

Vereinbarkeit von Erziehungs- und Erwerbsarbeit im Alltag selbstverständlich werden lassen

Heftig – geradezu verbissen – wird zurzeit über das Thema Krippenplätze und das richtige Verhalten von Müttern gestritten, während es beispielsweise in den skandinavischen Ländern selbstverständlich ist, Erziehungs- und Erwerbsarbeit zu vereinbaren. Im Dezember 2006 hat Prof. Dr. Hans Bertram im Deutschen Bundestag erläutert: „Es gibt eine unterschiedliche kulturelle Tradition hinsichtlich der Integration der Frauen in das Erwerbsleben. In jenen Ländern, die traditionellerweise einen hohen Anteil an Landwirtschaft hatten, ist der Sprung in die Postmoderne sehr leicht gewesen. Also von den Stiefeln zum Handy war der Weg einfacher als der Umweg über die Kohleindustrie. ... Die haben da immer mitgearbeitet, das war sozusagen ein Muster.“ Bedeutet dies: Überall dort, wo Familien einen Bezug zur Landwirtschaft hatten, wird die Erwerbstätigkeit der Frau parallel zur Erziehungsarbeit mehr akzeptiert?

Bereits 1985 hatte der damalige Generalsekretär Dr. Heiner Geißler auf dem 33. Bundesparteitag der CDU in Essen für einen Beschluss für eine neue Partnerschaft zwischen Mann und Frau gesorgt, der sowohl die Gleichberechtigung von Mann und Frau im Erwerbsleben wie auch die Gleichberechtigung zwischen der erwerbstätigen und nicht erwerbstätigen Frau und Mutter thematisierte. Allerdings

erlebe ich die Akzeptanz der Umsetzung mehr als Buchstaben auf dem Papier als gelebten Alltag. Die Bezeichnung „Rabemutter“ für meine Lebensweise mit Erziehungs-, Erwerbs- und Parteiarbeit empfinde ich als eine unwürdige Diffamierung in einer christlichen Volkspartei.

Die Schaffung der Voraussetzungen für eine tatsächliche Wahlfreiheit von Müttern und/oder Vätern setzt auch bezahlbare An-



gebote zu ungünstigen Tageszeiten voraus: An Wochenenden oder während des Schichtdienstes, in den Schulferien und wenn das Kind krank ist. Viele Projekte zeigen, dass Vieles machbar ist, wenn der Wille dazu aufgebracht wird. Außerdem sollte vom Kind her gedacht werden: Kinder brauchen Kinder. Das Ziel von Bundesfamilienministerin Dr. Ursula von der Leyen, für jedes dritte Kind einen

Krippenplatz bis 2013 zu schaffen, ist ein unverzichtbarer Baustein für mehr Wahlfreiheit. Im März 2007 geben 52 % der Bevölkerung an, dass Familien mit Kindern durch den Ausbau von Krippen- und Kindergartenplätzen am meisten geholfen werden kann. Gleichzeitig erklären 72 % ,dass Familie und Beruf in Deutschland nicht gut vereinbar sind.

Wer selbst Kinder hat, weiß, dass sich mit der Geburt eines Kindes das Leben total verändert und es gemeinsam mit dem Kind viele unwiederbringbare, glückliche Momente gibt. Hier muss es einfacher und weniger zeitaufwändig werden, Betreuungsmöglichkeiten zu finden, wenn dies gewollt oder notwendig ist.

Wir als CDA-Deutschlands werden auf unserer Bundestagung im Juni einen eigenen Diskussionsprozess über die Anforderungen an eine christlich-soziale Politik im 21. Jahrhundert beginnen. Hierzu gehört unstrittig die Diskussion über die Teilhabechancen der Erwachsenen an Erziehungs- und Erwerbsarbeit. Wir als CDA sind gefordert, diesem Thema zur Akzeptanz zu verhelfen und die Wahlfreiheit zur Selbstverständlichkeit im Alltag werden zu lassen. ■

*Martina Stabel-Franz
Mitglied im CDA-Bundesvorstand,
verheiratet, eine neunjährige Tochter,
berufstätig*

„Wenn du vom Job nicht leben kannst, ist die Marktwirtschaft im Arsch!“ Klare Worte auf dem DGB-Sozialstaatskongress



„Der Einzige, den ich sehe, der sich um soziale Belange noch kümmert, heißt Jürgen Rüttgers!“ Das Lob an den nordrhein-westfälischen Ministerpräsidenten kam von überraschender Seite und an überraschender Stelle: Rudolf Dreßler, jahrelanger Sozialkämpfer auf SPD-Seite, würdigte den CDU-Mann beim Deutschen Gewerkschaftsbund. Über 600 Gäste diskutieren auf dem Sozialstaatskongress in Berlin, wie das Sozialstaatsprinzip in Europa zukunftsfest gemacht werden kann.

„Wir werden den Sozialstaat nur dann erhalten können, wenn die Menschen ihn wollen und Nutzen aus ihm ziehen“, so Michael Sommer zur Eröffnung des Kongresses. Der Sozialstaat stünde inzwischen unter „neoliberalem Dauerbeschuss“ – nicht nur in Deutschland, sondern auch in Europa.“ Auch deshalb gelte es, Veränderungen anzustreben. „Wir können nicht alles kopieren“, so Sommer, „aber über die Grenzen sehen, um daraus zu lernen.“ Mit Blick auf die Familienpolitik – insbesondere der skandinavischen Staaten – sagte der DGB-Chef: „Wir wollen ein

soziales Europa schaffen, nicht ein Europa der Steuerflucht.“

Dies scheinen auch Umfragen zu bestätigen. Eine aktuelle Infratest-Umfrage im Auftrag des DGB ergab: 89 % der Befragten sagten, dass es in Europa vergleichbare soziale Standards im Arbeitsschutz oder bei sozialen Leistungen geben müsse. 82 % wollen Arbeitnehmerrechte wie den Kündigungsschutz in der europäischen Verfassung verankert wissen. 90 % fordern von der Politik Mindeststeuersätze für Unternehmen in Europa, um zu verhindern, dass



Unternehmen in Billigsteuerrländer abwandern.

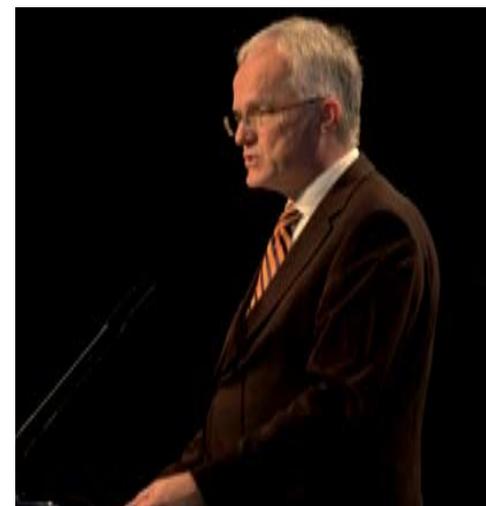
Doch politische Lösungen scheinen schwer: „Das Problem sind nicht die Unternehmer, die Kostensenkung betreiben“, glaubt Dr. Gustav Horn von der „Hans-Böckler-Stiftung“. „Das ist ihr Job.“ Das Problem sei, den Unternehmen klar zu machen, wo die Bundesrepublik Wettbewerbsvorteile und wo nicht. An Lohndumping oder sozial nicht abgesicherten Jobs wie die Midi- oder Minijobs könne man sehen, dass in dieser Gesellschaft die Qualität der Beschäftigung nachgelassen habe, weil die Politik entsprechende Rahmenbedingungen gesetzt habe.

Rudolf Dreßler machte auf die schleichende Veränderung des Begriffs „sozial“ aufmerksam. Es sei eine Verengung eines Postulats unserer Verfassung auf „Caritas oder Reparaturbetrieb“ eingetreten. „Der Sozialstaat wird madig gemacht“, assistierte Dr. Norbert Blüm, Minister a.D. und ebenfalls

einer der Diskutanten zum Thema „Was ist schief gelaufen?“. Für Heinz Dürr, Aufsichtsratsvorsitzender der Dürr-AG, liegen die Fehler in der Vergangenheit. „Wir haben nicht an die Globalisierung gedacht – an die Kapitalflüsse.“ Selbst in Europa sei dieses Wissen noch mangelhaft, konstatierte Horn. Wirtschaftlich habe man vieles nicht verstanden. Zum Beispiel die Bewegungen auf dem Binnenmarkt. Auch mental seien viele Staaten noch nicht in Europa angekommen. „Wenn wir in Deutschland alles auf den Wettbewerb auslegen, Löhne, Produktionen usw.“, dann sei das schlecht für die Arbeiter in Frankreich, Großbritannien und anderswo. „Wenn man sich auf soziale Standards einigt, dann muss das Mindestlohn heißen“, betonte Horn. Norbert Blüm brachte seine Kritik drastisch auf den Punkt: „Wenn wir die Olympiade der Lohnsenkung wollen, dann müssen wir die Kinderarbeit wieder einführen. Und wenn du von deinem Job nicht leben kannst, dann ist die Marktwirtschaft im Arsch.“ Sein

europäisches Fazit: „Es wird keinen Einheitssozialstaat geben“. Dennoch sehen auch die Experten die Zukunft nicht nur düster: Es könnte soziale Standards geben wie z. B. beim Arbeitsschutz. „Wenn einer in Deutschland den Arm verliert, tut das genauso weh wie in Italien“, so Blüm. Auch die Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel und derzeitige EU-Ratspräsidentin erwartet von Europa ein „Grundgerüst von sozialen Verpflichtungen“. Zum Beispiel bei der Beschäftigung von älteren Arbeitnehmern. Dort soll 2010 eine Quote von 50 % erreicht werden. In vielen anderen Fragen sei die Verständigung schwierig, so Merkel, das liege auch an den unterschiedlichen Traditionen der Länder. Eine wichtige Frage, die es jetzt zu klären gebe, sei die Portabilität von Renten und Pensionen. Aber auch international müsse sich Europa aufstellen. Merkel: „Wir müssen klären, wofür Europa eintreten will.“

Jürgen Rüttgers hat eine klare Antwort: „Für die soziale Marktwirtschaft. Das ist das erfolgreichste Modell überhaupt.“ ■



Erste Arbeitnehmerkonferenz in Frankfurt ein voller Erfolg



Welcher Lohn ist heute noch gerecht? Diese Frage stand neben Themen der Altersvorsorge, der Gesundheitssicherung und der Familienpolitik im Mittelpunkt der ersten diesjährigen Arbeitnehmerkonferenz im Frankfurter Flughafen. Sozusagen als Hausherr fungierte Peter Wichtel, Betriebsratsvorsitzender von Fraport.

Grund für die Südwest-Konferenz der Christlich-Demokratischen Arbeitnehmerschaft war die Diskussion um das neue CDU-Grundsatzprogramm.

Hoch schlugen die Wogen beim derzeitigen Topthema, der Entlohnung. Es könne nicht angehen, so CDA-Chef Karl-Josef Laumann, dass die Löhne immer mehr abnehmen würden und bei vielen nicht mehr existenzsichernd seien. Bei Arbeitsverträgen würden immer mehr Zeitverträge abgeschlossen und viele Menschen hätten Angst, die Rente würde nicht mehr ausreichen. „Wir brauchen eine neue Sicherheit“, so Laumann, die natürlich mit Gerech-

tigkeit Hand in Hand gehen müsse. Laumann, Arbeits- und Sozialminister in Nordrhein-Westfalen, schlug vor, dass Arbeitgeber, die Arbeitnehmer nur mit Zeitverträgen beschäftigten, auch anders zur Arbeitslosenversicherung herangezogen werden müssten als andere Arbeitgeber.

Neben den rund 70 CDA-Mitgliedern waren auch Hauptgeschäftsführer Martin Kamp und Baden-Württembergs Landesvorsitzender Dr. Christian Bäumliger angereist. Die Konferenz in Frankfurt war die erste zum CDU-Grundsatzprogramm. Weitere folgen in Bremen, Düsseldorf und Leipzig. ■

Egbert Ulrich ist neuer CDA-Landeschef im Saarland

Nach sechs Jahren erfolgreicher Amtszeit wurde Ulrich Schacht als Landeschef im Saarland abgelöst, der aus beruflichen Gründen nicht mehr kandidierte. Sein Nachfolger, der 44-jährige Landesbezirkssekretär der KAB Saar, Egbert Ulrich, ist gleichzeitig Vorsitzender der saarländischen Armutskonferenz und stellv. Landesvorsitzender des Familienbundes der Katholiken. Zu seinen Stellvertretern gehören Elisabeth Dierks, Adabert Ewen und Martina Stabel-Franz. Der neue Vorstand machte es sich sofort zur Aufgabe, gegen den weiteren Abbau der Mitbestimmungsrechte und die Ausgrenzung von älteren Arbeitnehmern und Arbeitnehmerinnen zu kämpfen.



Horst Gedack im Amt bestätigt

Der CDA-Landesverband Berlin wählte im Konrad-Adenauer-Haus seinen Vorstand für die nächsten zwei Jahre. Landesvorsitzender bleibt Horst Gedack, seine Stellvertreter sind die Bundesvorstandsmitglieder Silke Striezel-Wolff und Joachim Specht. Als Schatzmeister wurde der Geschäftsführer der Jungen CDA, Danny Dobmeier, wiedergewählt. Weitere Vorstandsmitglieder sind Rainer Grimm, Dagmar König, Jürgen Fiedler, Lars Hantke, Evelin Westphal, Olaf Lemke, Frank Bewig, Maik Berendt sowie Josef Schwab und Markus Bolsch. In dem einzigen Bundesland, wo noch die SPD mit der PDS regiert, wird sich die CDA in den nächsten Jahren vor allem mit der katastrophalen Sozialpolitik in Berlin befassen.



CDA-Gewerkschafter fordern Mindestlöhne

Ingrid Sehrbrock, neue und alte Vorsitzende der DGB-AG in der CDA, hat eine Unterschriftenaktion gegen Armutslöhne ins Leben gerufen. Unter dem Titel „CDU-Gewerkschafterinnen und -Gewerkschafter gegen Armutslöhne, anständiger Lohn für anständige Arbeit!“, macht die stellvertretende Vorsitzende der CDA und des DGB auf die schlechte Situation vieler Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer im unteren Lohnsektor aufmerksam. „Wer in Vollzeit arbeitet, muss einen Lohn bekommen, der die Existenz sichert. Zu viele Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in Deutschland können von ihrem Lohn aber nicht mehr leben“, heißt es in dem Aufruf. Aufgrund der Entwicklungen auf europäischer Ebene – Arbeitnehmerfreizügigkeit ab 2009, Öffnung der Dienstleistungsmärkte – drohe sich dieses Problem in der Zukunft noch zu verschärfen. „Wir fordern alle an der Lohnfindung Beteiligten und politisch Verantwortlichen dazu auf, Lohndumping aktiv und nachhaltig zu bekämpfen. Tarifvertragliche Lösungen müssen dabei im Vordergrund stehen.“ Die Unterzeichner fordern „eine rechtliche Erleichterung der Erklärung der Allgemeinverbindlichkeit von Tarifverträgen“. Damit soll Arbeitgebern die Möglichkeit genommen werden, auszuscheren.

Grundsatzprogramm



Endspurt für das Grundsatzprogramm der CDU. Bereits in einem Monat legt die zuständige Kommission dem CDU-Bundesvorstand den ersten Entwurf vor. Wir wollten von Kommissionsmitglied CDA-Hauptgeschäftsführer Martin Kamp wissen, wo die entscheidenden Knackpunkte bei der Diskussion um das Grundsatzprogramm sind.

Kamp: Im Kapitel über das Arbeitsrecht ist immer noch die Möglichkeit einer Änderung des Kündigungsschutzes enthalten, obwohl nach Aussagen der CDU-Führung im Moment niemand an entsprechenden Eingriffen interessiert ist.

SO: An welchen Stellen will die CDA noch nachbessern?

Kamp: Es ist inzwischen ein ausführliches Kapitel mit der Überschrift für „eine neue Sicherheit“ eingefügt worden. Allerdings

müssen wir nach der Veröffentlichung diesen Punkt genau auf die Substanz abklopfen. Es hilft dort keine Prosa, sondern wir müssen genau definieren, wie wir uns die „neue Sicherheit“ für die Bürger vorstellen.

SO: Was können die CDA-Mitglieder in diesem Prozess tun?



Kamp: Wichtig ist es, sich nach der Veröffentlichung auf allen CDA-Ebenen zusammen zu setzen und den Entwurf kritisch unter die Lupe zu nehmen, um dann entsprechend über die Landes- und Kreisverbände der CDU oder die CDA

Änderungsanträge für den CDU-Parteitag Anfang Dezember zu beschließen.

SO: Wie ist die Stimmung derzeit in der Kommission?

Kamp: Ich habe das Gefühl, dass seit einiger Zeit unsere Ratschläge

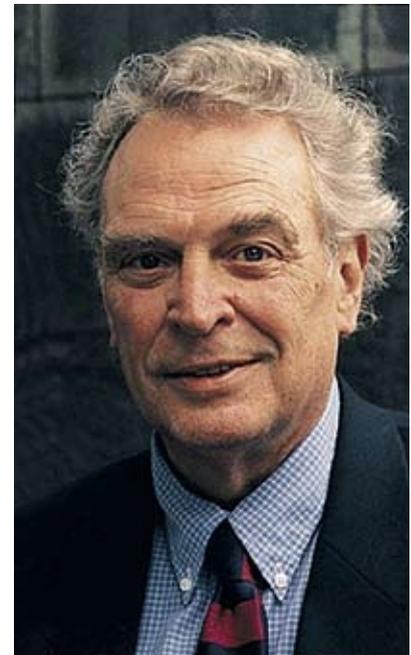
Namen und Nachrichten



+++ 60 Jahre „Ahlener Programm“: Zu diesem Ereignis waren Vertreter der Generation, die das programmatische Ereignis 1947 als Zeitzeugen miterlebten wie der ehemalige Bundesminister Heinrich Windelen (li.) und der Publizist **Prof. Dr. Antonius John** (re.) gekommen. Das „Ahlener Programm“ ist in seinem Grundgedanken, nämlich Gemeinwohl und wirtschaftliche Freiheit in Einklang zu bringen, nach wie vor aktuell“, sagte CDU-Generalsekretär **Ronald Pofalla** (m.) im Ahlener Bischöflichen Gymnasium vor rund 250 Festgästen. Es habe keine revolutionären Aspekte gehabt und sei nicht „für irgendeinen vagen christlichen Sozialismus“ gestanden. Vielmehr sei es Ausdruck eines Kompromisses zwischen den Interessen des Kapitals und denen des Gemeinwohls gewesen. Auch heute noch könnten die grundsätzlichen Gedanken von Ahlen als Schlüssel für die Beantwortung von Zukunftsfragen dienen. NRW-Ministerpräsident **Jürgen Rüttgers** wür-

digte in seinem Grußwort auch die Leistung seiner Vorgängers im Amt des Ministerpräsidenten und Mitbegründers der CDA, **Karl Arnold**: „Es war eine großartige Leistung mutiger Männer und Frauen der CDU nach der Stunde null den Neuanfang zu wagen. Eine Leistung, der sich die CDU Nordrhein-Westfalens bis heute verpflichtet fühlt. Das Ahlener Programm stehe für die Verankerung des christlich-abendländischen Menschenbildes in der CDU“, erklärte Rüttgers. Rüttgers betonte die zentrale Stellung des Menschen im Ahlener Programm. Der Ausgangspunkt allen wirtschaftlichen und politischen Handelns sei danach die Anerkennung der Würde eines jeden Menschen. Staat und Wirtschaft hätten dem Menschen zu dienen, nicht umgekehrt: „Man wollte den Menschen in einem zerstörten Land nach einer totalen politischen, militärischen und auch moralischen Niederlage damit wieder Sicherheit und neue Orientierung geben.“ +++

+++ Oberbürgermeister **Fritz Schramma** überreichte am 26. Februar 2007 dem CDA-Ehrenschatzmeister **Heinz Soénius** feierlich im Kölner Rathaus den Hans-Böckler-Preis 2007. Anschließend trug sich der Preisträger in das Goldene Buch der Stadt Köln ein. Die Laudatio auf Heinz Soénius hielt die ehemalige Vizepräsidentin des Deutschen Bundestages, Präsidentin des Deutschen Mieterbundes und Vorsitzende der Friedrich-Ebert-Stiftung, **Anke Fuchs**. Am Tag der Preisverleihung jährte sich der Geburtstag des Politikers und ersten Vorsitzenden des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB) **Hans Böckler** zum 132. Mal. Gewürdigt werden mit dem Hans-Böckler-Preis die Verdienste von Heinz Soénius um eine soziale Wohnungspolitik und die Interessen der Mieter und Arbeitnehmer in Deutschland sowie das Miteinander von Behinderten und Nichtbehinderten. +++





+++ Erneuter Sieg für **Doris Leven**: In der gut besuchten Mitgliederversammlung wurde Doris Leven in ihrem Amt als Kreisvorsitzende der CDA Rhein-Sieg-Kreis einstimmig bestätigt. Ihre Stellvertreter sind **Waltraud Dahs**, **Anna Diegeler-Mai**, **Stefan Heimann** und **Hans Thelen**. Auf der Veranstaltung konnten auch prominente Gäste begrüßt werden, so die Bundestagsabgeordnete **Lisa Winkelmeier-Becker** und den ersten parlamentarische Geschäftsführer der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, **Norbert Röttgen** MdB. v.l.n.r.: **L. Winkelmeier-Becker** MdB, **S. Heimann**, **W. Dahs**, **D. Leven**, **A. Diegeler-Mai**, **H. Thelen**. +++



+++ **Hans Schnäpp** heißt der neue und alte Kreisvorsitzende der CDA- Rhein-Erft. Er wurde mit 111 von 113 Stimmen ins Amt gewählt. Seine Stellvertreterin ist Irmtraut Lindemann. Neuer Vorstand auch in Rheinhessen-Pfalz: Oliver Wernersbach heißt der neue Bezirksvorsitzende. Der 27-Jährige aus Sprendlingen (Kreis Mainz-Bingen) wurde als Nachfolger von **Ekkehard Leicht** gewählt. **Monika Dorst** (Germersheim) und **Thomas Hillesheim** (Mainz) wurden von der Versammlung ihm als Stellvertreter zur Seite gewählt. +++



+++ Im Rahmen eines gemeinsamen Erfahrungsaustausches informierten sich die beiden CDA-Bundesvorstandsmitglieder **Joachim Specht** (li. Berlin) und **Ekkehard Gauglitz** (Rheinland-Pfalz) vor Ort in Berlin-Hellersdorf über das Kinder- und Jugendzentrum „Die Arche“, das 1995 in Berlin gegründet wurde und nunmehr auch in Hamburg und München vertreten ist. Gesprächspartner waren u.a. der Gründer und Leiter der „Arche“, Pastor **Bernd Siggelkow**. +++



+++ 60 Jahre CDA-Kreisverband Siegen-Wittgenstein – 60 Jahre soziale Verantwortung. Unter diesem Motto fand die Jubiläums-Kreistagung des CDA-Kreisverbandes Siegen-Wittgenstein statt. Der CDA-Kreisvorsitzende **Hartmut Steuber** betonte, dass bereits vor der Gründung der Sozialausschüsse in NRW am 19. Oktober 1946 es auf einer Vertrauensmännerversammlung zur Gründung eines Sozialausschusses in Siegen gekommen ist. Neben Grußworten des stellv. CDA-Landesvorsitzenden **Martin Pils**, zugleich CDA-Bezirksvorsitzender Sauer-/Siegerland und der stellv. CDU-Kreisvorsitzende **Heinz-Josef Linten** referierte **Uwe Schummer** MdB, Mitglied im CDA-Bundesvorstand. Die Festrede hielt der CDU-Ehrenvorsitzende des Kreisverbandes, **Landrat Paul Breuer**. Auf der Kreistagung wurde bei den anstehenden Neuwahlen **Hartmut Steuber** einstimmig in seinem Amt als CDA-Kreisvorsitzender bestätigt. +++



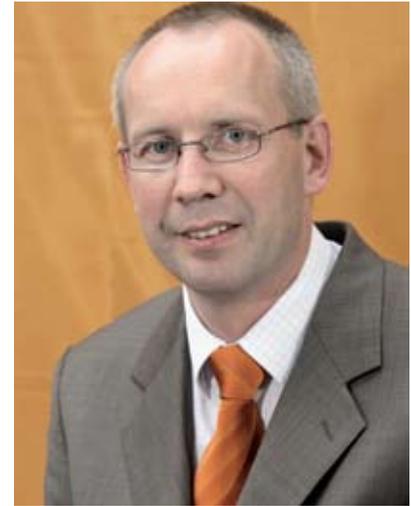
+++ **Harald Krull**, erst im vergangenen Jahr von Bremens CDA-Landesvorsitzenden **Rainer Bensch** MdBB geworben, wurde nun zum stellvertretenden CDA-Kreisvorsitzenden Bremen-Nord gewählt. Harald Krull war lange Jahre SPD-Mitglied im Stadtteilparlament Bremen-Vegesack. +++



+++ Die Landesarbeitsgemeinschaft der DGB-Kolleginnen und Kollegen in der CDA begrüßen die Einigung in der Steinkohlerunde. Wie der Landesvorsitzende **Karl-Hubert Troglauer**, zugleich CDA-Bundesvorstandsmitglied, dazu mitteilt, ist die Sozialverträglichkeit nun gesichert, da gerade die in den ersten Runden ausgehandelten Vorruhestandsregelungen bis zur Beendigung des Steinkohlebergbaus fortgesetzt werden. +++



+++ „Armut verletzt grundlegend die Würde des Menschen, sie zerstört die Zukunftschancen junger Menschen und sie wirkt auch negativ auf die Bindungskräfte unserer Gesellschaft“. Nahezu 60 Teilnehmer konnte der CDA-Chef **Dr. Max Matthiesen** MdL in der CDU-Landesgeschäftsstelle dazu begrüßen. Die Besetzung des Podiums war „hochkarätig“. Vertreten waren: **Prof. Lothar Eichhorn** vom Forschungsdatenzentrum des niedersächsischen Landesamtes für Statistik, **Edda Schliepack** vom Sozialverband Deutschland und DGB-Landesvorsitzende **Hartmut Tölle**. Erstes Ergebnis: „Die soziale Mitte schrumpft“. Das heißt, Armut wie auch Reichtum nehmen zu, der Trend zur Polarisierung hält an. Die Ursachen der Armutsentwicklung machte er an drei Faktoren fest: 1. Die Situation der Familien mit dem klaren Nachweis, dass Haushalte mit Kindern am stärksten gefährdet sind. 2; einer unzureichenden Qualifikation und 3; der Zusammenhang von Erwerbstätigkeit und Arbeitslosigkeit mit Armut. +++



+++ Innerhalb der CDA in Niedersachsen haben sich neue Facharbeitskreise gebildet. Schwerpunkt des Arbeitskreises „Arbeit, Wirtschaft und Verkehr“ unter der Leitung von **Josef Holtvogt** wird die Arbeitsplatz-Qualifizierung sein. Sicherheit und Unternehmenserfolg hängen mit der Qualifizierung der Beschäftigten zusammen, so Holtvogt. Doch darf aus Sicht der CDA das lebenslange Lernen nicht nur zum Schlagwort werden. Sie setzt sich dafür ein, Schulung und Qualifizierung bereits einige Jahre nach der Ausbildung voranzutreiben, da Weiterbildung ab dem 50. Lebensjahr häufig nicht mehr greift. +++



+++ Unsere Kollegin **Roswitha Schier** aus Lübbenau (Oberspreelausitz Kreis) wurde zur parlamentarischen Geschäftsführerin der CDU-Fraktion im Brandenburger Landtag gewählt. Roswitha Schier ist examinierte Krankenschwester und seit 2004 Mitglied des Landtages Brandenburg. Kollegin Schier ist weiterhin Leiterin des Landesfachausschusses für Soziales und Frauen der CDU Brandenburg. Der Vorsitzende des CDA-Landesverbandes, **Mathias Wiegand**, beglückwünschte Roswitha Schier zur Wahl. Mit der Wahl der Kollegin Schier wurde der christlich-soziale Flügel innerhalb der CDU Brandenburg gestärkt. Mit Frau Schier als parlamentarischer Geschäftsführerin und als sozial- und gesundheitspolitische Sprecherin der CDU-Fraktion erfährt die Ausrichtung unserer Partei um wichtige Themen unserer Gesellschaft eine Aufwertung. +++



+++ „Kinder, Jugend und Soziale Zukunft“ war das Motto der diesjährigen Landestagung der AG Frauen in der CDA Baden-

Württemberg. **Ingrid Sehrbrock**, stellvertretende CDA- und DGB-Bundesvorsitzende, war Gast und ging in ihrer Rede auf die Ausbildungs- und Arbeitssituation junger Menschen ein. Sie forderte Politik und Wirtschaft auf, alle Anstrengungen zu unternehmen, damit jungen Menschen eine Chance gegeben werden kann, in den ersten Arbeitsmarkt aufgenommen zu werden. Dabei kritisierte sie vor allem, dass Jugendliche häufig in Praktika abgeschoben werden, ohne ein wirkliche Chance auf einen Ausbildungsplatz zu bekommen. Dass auch junge Menschen mit einer abgeschlossenen Hochschulausbildung in Praktika landen, sei noch nie in diesem Maße wie jetzt da gewesen. Auch **Beate Schneller**, Landesvorsitzende der AG Frauen in der CDA, forderte mehr Verantwortung für die nächste Generation. Im Weiteren standen die Themen Kindesmisshandlung und Vernachlässigung von Kindern im Mittelpunkt der Veranstaltung. Die Frauen in der CDA forderten die Einführung verpflichtender Vorsorgeuntersuchung von Kindern und Jugendlichen, um Gewalttaten frühzeitig erkennen zu können. „Kein Kind darf sich selbst überlassen bleiben, wenn es misshandelt oder nicht versorgt wird“, so Beate Schneller. Häufig hätten diese Kinder über ihre Eltern hinaus keine weiteren Kontakte zu andern Erwachsenen, weshalb sie auch keine Hilfe von außen erfahren würden. Aus diesem Grunde müsse es verpflichtende Vorsorgeuntersuchungen insbesondere von Kindern bis zum Einschulalter geben, so Schneller weiter. +++

Termine

April 2007

14.04.

Landestagung des CDA-LV Braunschweig

Arbeitnehmerkonferenz in Bremen

21.04.

Landestagung der CDA-LV Hessen

28.04.

CDA-/CSA-Bundesvorstand in Frankfurt

Mai 2007

03.05.

Arbeitnehmerkonferenz in NRW

09.05.

CDA-Bundesvorstand mit CDU-Generalsekretär Pofalla

13.05.

Bürgerschaftswahlen in Bremen

14.05.

Arbeitnehmerkonferenz in Leipzig

Juni 2007

01./02./03.06.

Bundesvorstand und Bundestagung der CDA in Karlsruhe

Urlaub neu erleben!



Nil-Kreuzfahrt zum
Frühbucherpreis
ab **499,-€**

CDA Vorteil
Ausflugspaket zum
Schnäppchen-
preis!

8 TAGE ÄGYPTEN



KREUZEN AUF DEM NIL - FLUGREISE ÄGYPTEN

Auch in Kombination mit einer Verlängerungswoche Badeurlaub im Anschluss an die Kreuzfahrt buchbar!

Leistungen:

- Flüge mit Hapagfly (Deutschland-Luxor-Deutschland)
- inklusive aller Flughafen- und Sicherheitsgebühren
- alle Transfers lt. Programm
- deutschspr. Reiseleitung vor Ort
- 7 Ü/VP (beginnend mit Mittagessen/abendend mit Frühstück)
- Nilkreuzfahrtschiff der 4* Kategorie
- 2-Bett-Kabinen/Du/WC

Exklusiv für **CDA**-Mitglieder:

Wählen Sie aus verschiedenen Abflughäfen Ihren persönlichen Favoriten aus!

Berlin, Hamburg, Köln, Düsseldorf, Stuttgart, München, (weitere Flughäfen auf Anfrage)

DEUTSCHLAND – LUXOR (1. Tag)

Gleich vom Flughafen geht es zur Einschiffung und nach dem Mittagessen an Bord sehen Sie die Palast-Stadt Karnak und den Luxor-Tempel. (Ausflugspaket)

LUXOR – THEBEN – WEST (2. Tag)

(Ausflugspaket): Im Tal der Könige besuchen Sie drei ausgewählte Gräber, den Hatschepsut-Tempel und kommen zu den Memnon-Kolosse. Über die Brücke gelangen Sie zurück auf die Ostseite des Nils. Nachmittags läuft Ihr Schiff langsam aus nach Esna. Hier sehen Sie den Tempel des Chnum. Gemächlich geht die Fahrt auf dem Nil weiter in Richtung Süden.

KOM OMBO (3. Tag)

Im Laufe des Tages erreichen Sie den Liegeplatz, um den Doppeltempel im Kom Ombo zu besuchen (Ausflugspaket). Palmen begleiten Sie auf der Kreuzfahrt in Richtung Assuan, um den Doppeltempel im Kom Ombo zu besuchen. (Ausflugspaket)

ASSUAN (4. Tag)

Mit Bus oder Flugzeug können Sie am Morgen einen Ausflug nach Abu Simbel unternehmen um den Tempel Ramses II. zu sehen (Ausflug fakultativ). Die Rückkehr erfolgt gegen Mittag. Mit dem Motorboot erreichen Sie die Insel Aglikia, wo der Philae-Tempel einen weiteren Höhepunkt der Reise bietet. (Ausflugspaket)

ASSUAN (5. Tag)

Die Steinbrüche mit dem unvollendeten Obelisk, den Alten und den Neuen Staudamm sehen Sie am Morgen, und am Nachmittag erleben Sie eine Felukkenfahrt auf dem Nil, vorbei am Aga Khan-Mausoleum zu der Lord Kitchener Insel mit den Botanischen Gärten. (Ausflugspaket)

ASSUAN (6. Tag)

Je nach Abfahrt, haben Sie noch Freizeit auf dem nubischen Gewürzmarkt oder zu Einkäufen in den zahlreichen Geschäften.

EDFU (7. Tag)

Ein weiterer Höhepunkt ist der Besuch des Horus-Tempels in Edfu (Ausflugspaket) und je nach Schleuszeit erreichen Sie Luxor am Nachmittag oder Abend.

LUXOR - DEUTSCHLAND (8. Tag)

Morgens Besichtigung der Palast-Stadt Karnak und des Luxor-Tempels (wenn er nicht bereits am 1.Tag besucht wurde). Transfer zum Rückflug von Luxor nach Deutschland.

Termine	Preis p.P.
15.11.07 - 22.11.07	599,-€
29.11.07 - 06.12.07	499,-€

Einzelkabinenzuschlag: 99,- €

Verlängerungswoche - Badeurlaub auf Anfrage zubuchbar.

zubuchbare Leistungen	Preis p.P.
Ausflug Abu Simbel mit Bus	72,-€
Ausflug Abu Simbel mit Flug	175,-€
Ausflugspaket incl. deutschspr. Reiseleitung, Transfers und Eintrittsgeldern	145,-€

Wählen Sie einfach Ihren Flughafen und Ihren Wunschtermin und rufen Sie uns an!

CDA -Vorteil: Inkl. aller Flughafen-, Sicherheitsgebühren und Kerosinzuschläge.

Beratung und Buchung über unser **M-Touristik Team:**

Telefon: 0180 5 11 80 57 (12 cent/min. aus dem dt. Festnetz)

M-Touristik AG - Patriotischer Weg 130 - 18057 Rostock - www.m-touristik.de